

*** Die Kaufmannschaft gegen die Errichtung von Warenhäusern für Staatsbeamte.** Der Zentralverband österreichischer Kaufleute beschäftigte sich gestern in einer gemeinsamen Beratung mit Vertretern der Handelskammern und des Wirtschaftsausschusses der Kaufmannschaft mit dem Plane der Regierung, den berechtigten Forderungen der Staatsbeamtschaft nicht durch Zuwendung von Geldbezügen, sondern durch billige Lebensmittel und andere Waren Rechnung zu tragen, und diese Waren in neuer ichteten staatlichen Kaufhäusern zum Absatz zu bringen. Die Ausführungen aller Redner gipfelten in Protesten gegen diesen Plan. Der Vorsitzende Präsident Landtagsabgeordneter **Spitzer** fasste das Ergebnis der Beratungen dahin zusammen, daß die Kaufmannschaft es für falsch hält, daß unter den hentigen Verhältnissen zur Verteilung der vom Staate zu beschaffenden und unter Kontrolle zum Selbstkostenpreise auszugebenden Ware eigene Warenhäuser an den verschiedenen Amtssitzen errichtet werden. Die Kosten der Einrichtung dieser Betriebe wären hinausgeworfene Steuergelder, denn es stehen tausende Betriebe zur Verfügung, mit allen technischen Hilfsmitteln unter sachkundiger Leitung und mit dem nötigen Personal versehen, die infolge des Warenmangels gar nicht oder kaum beschäftigt sind und die gern bereit sind, unter der gleichen Kontrolle, wie sie für die staatlichen Warenhäuser wäre, die diesen zuge dachte Aufgabe der Warenverteilung zu vollziehen. Die Kaufmannschaft ist gern bereit, einwandfreie, kaufmännische Betriebe zu machen, die unter der strengsten stän-

digen Kontrolle der Regierung oder der Beamtschaft die sachgemäße Verwahrung, Verwaltung, Verrechnung und Ausgabe dieser Ware durchzuführen bereit sind.